

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2004

Keine unmittelbare Gefährdung

In Österreich gibt es keine extremistischen Phänomene, die derzeit eine ernsthafte Bedrohung für die innerstaatliche Sicherheit darstellen könnte. Das geht aus dem jüngsten Verfassungsschutzbericht hervor.

Das Jahr 2003 war geprägt durch die Besetzung des Irak und den damit verbundenen "Krieg gegen den Terrorismus". "80 Prozent der eingesetzten Ressourcen des Verfassungsschutzes wurden für die Terrorismusbekämpfung und die verstärkte Aufklärung aller dazu gehörenden extremistischen Phänomene eingesetzt," erläutert Dr. Gert Rene Polli, Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).

Laut Bericht bot die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs auch im Jahr 2003 keinen Nährboden für das Entstehen eines innerstaatlichen Terrorismus beziehungsweise für das Entstehen oder Anwachsen extremistischer Phänomene, die eine ernsthafte Bedrohung für die innerstaatliche Sicherheit hätten darstellen können. "Es besteht aber trotz allem aufgrund einer latenten europaweiten terroristischen Bedrohung ein gewisses Risikopotenzial", berichtet der BVT-Direktor. "Die rechte Szene stellt derzeit keine Gefahr dar, wobei allerdings die in der Skinheadszene evidente Gewaltbereitschaft auch in Zukunft ein erhebliches Sicherheitsrisiko birgt. In der linksextremen Szene konnte ein deutlicher Rückgang der strafbaren Handlungen im Vergleich zum Jahr 2002 festgestellt werden", betont Polli.

Terrorismus

Das Schwergewicht der Tätigkeit und der eingesetzten Ressourcen des Verfassungsschutzes lag im Berichtszeitraum 2003 weiterhin im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und in der verstärkten Aufklärung aller dazu gehörenden extremistischen Phänomene. Insgesamt hat die Lageentwicklung im Staatsschutzbereich 2003 keine nachhaltige Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit sich gebracht. Österreich ist nicht Teil der Allianz im Krieg gegen den Irak und Afghanistan und somit auch nicht primäres Ziel des islamischen Terrorismus. Es ist aber dennoch aufgrund der latenten europaweiten terroristischen Bedrohung ein gewisses Risikopotenzial gegeben. Wenngleich im Jahr 2003 keine direkte Bedrohung Österreichs oder österreichischer Interessen evident war, muss in jedem Fall von einer auch in Österreich existenten Gefährdung von Einrichtungen und Objekten der von islamistischen Terrororganisationen als "Hauptfeinde" klassifizierten Staaten sowie der internationalen Organisationen ausgegangen werden.

Deutlich erkennbar ist im Bundesgebiet das Zunehmen von Fundamentalismen. Die in Österreich ansässige islamistisch extremistische Szene pflegt internationale Kontakte und weist konspirative Verhaltensmuster auf. Wenngleich jihadistische Tendenzen erkennbar sind, wurden bisher keine organisierten oder strukturierten Gruppen dieser Ausrichtung festgestellt.

Aufgrund der Verselbstständigung von terroristischen Zellen und des zunehmenden Fahndungsdrucks in anderen europäischen Ländern kann in Zukunft jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Terroristen Zielobjekte zunehmend nach Erfolgsaussichten

auswählen und politische Rechtfertigungen in den Hintergrund treten. Mit einer solchen Entwicklung würde sich auch die Bedrohungslage für Österreich erhöhen.

Im Jahr 2003 hatte der Verfassungsschutz in mehreren Fällen wegen des Verdachts der Terrorfinanzierung zu ermitteln. Die Verdachtsmomente konnten in keinem Fall erhärtet werden. Es wurden keine Konten gesperrt oder Vermögenswerte eingefroren.

Rechtsextremismus

Die einschlägig motivierten Tathandlungen im Bereich des Rechtsextremismus zeigten eine rückläufige Tendenz gegenüber dem Jahr 2002. Die Aufklärungsquote von 60,7 Prozent im Jahr 2002 auf 65,9 Prozent im Berichtsjahr 2003 konnte erneut gesteigert werden. Sowohl der organisierte als auch der nicht organisierte Rechtsextremismus stellen nach wie vor keine Gefahr für die Stabilität und Sicherheit des demokratischen Systems Österreichs dar.

Es ist davon auszugehen, dass die auf organisatorischer und personeller Ebene bestehenden internationalen Kontakte der rechtsextremen österreichischen Szene, vornehmlich zu Trägern des organisierten deutschen Rechtsextremismus, in Zukunft weiter ausgebaut werden. Die vor allem in der Skinheadszenen evidente Gewaltbereitschaft birgt auch in Zukunft ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Das Internet als Plattform der Begegnung und ideale Möglichkeit für konspirative Aktivitäten wird an Bedeutung gewinnen.

Linksextremismus. Es bestehen nach wie vor szeneeinterne Differenzen zwischen dem marxistisch/leninistischen Lager und den anarchistisch/autonomen Gruppen.

Die Anti-Globalisierungsbewegung hat sich gefestigt und sich nicht nur in ihren ureigensten Themengebieten an die Spitze von Protestbewegungen gesetzt. Auf nationaler Ebene kam es zur Abhaltung des ersten Austrian Social Forum (ASF) in Hallein.

Die Zahl der politisch motivierten strafbaren Handlungen, die dem linksextremistischen Lager auf Grund von Bekenntnissen, Modi operandi oder auf Grund der Art des Zieles zugeordnet werden konnten, zeigte im Jahr 2003 gegenüber 2002 deutlich rückläufige Tendenzen. Im Berichtsjahr wurden gegenüber dem Jahr davor mehr als die Hälfte weniger Straftaten angezeigt. Wie im Jahr 2002 wurde 2003 keine Person durch linksextrem motivierte Tathandlungen verletzt. Wien liegt im Vergleich mit den anderen Bundesländern nach wie vor an der Spitze, was die Zahl der Anzeigen betrifft.

Militanter Tierschutz

Im Jahr 2003 kam es sowohl zu einer Zunahme der Aktivitätsarten als auch zu einem Anstieg der Anzahl der strafbaren Handlungen. Gegenüber dem Jahr 2002 hat sich diese mehr als verdoppelt. Dabei konnte eine Konzentration auf den Osten Österreichs festgestellt werden.

Die Aktivisten bemühten sich verstärkt in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Die Öffentlichkeitsarbeit der einschlägigen Gruppen spricht für relativ geschlossene straffe Organisationsstrukturen. Vorrangiges Ziel ist die Rekrutierung von neuen Mitgliedern und Aktivisten. Dies geschieht entweder über das Internet oder durch direktes Ansprechen.

Auf internationaler Ebene kam es zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit ausländischen Aktivisten.

Der im Jahre 2003 festgestellte Trend einer zunehmenden Qualifizierung der Straftaten wird sich in Zukunft fortsetzen. Beim Spektrum der potenziellen Angriffsziele ist mit einer Ausweitung zu rechnen.

Nachrichtendienst und Spionageabwehr

In Österreich sind aufgrund der Konzentration von internationalen Organisationen in Wien und der herausragenden geopolitischen Lage zahlreiche ausländische Nachrichtendienstmitarbeiter vertreten. Österreich hat auch im Berichtszeitraum 2003 seine Attraktivität als Operationsgebiet für fremde Nachrichtendienste beibehalten. Aufklärungsziele sind Politik, Wirtschaft, Militär oder Personen, die in Opposition zum Regime im Heimatland stehen.

Um nachrichtendienstliche Tätigkeit für einen fremden Staat gerichtlich verwertbar nachweisen zu können, sind jahrelange sorgfältige Ermittlungs- und Erhebungstätigkeiten notwendig und somit keine kurzfristigen Erfolge zu erzielen.

Dem zentralen Standort Wien wird in Zukunft durch die rasch fortschreitende Internationalisierung eine noch höhere Bedeutung zukommen. Es ist daher damit zu rechnen, dass kurzfristig die Anzahl ausländischer Nachrichtendienstmitarbeiter nicht abnehmen wird.

Wirtschaftsspionage

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich der Wirtschaftsspionage drei Strafanzeigen wegen Auskundschaftung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses erstattet. Fremde Nachrichtendienste haben zunehmend die Aufklärung der Sektoren Wissenschaft, Wirtschaft und Technik in den Vordergrund gestellt. Es ist daher auch mit einer Erhöhung der Zahl der Ausspähungen von Wirtschaftsunternehmen in Österreich zu rechnen. Trotz dieser Entwicklung wird aufgrund befürchteter Imageverluste nicht mit einer Zunahme der Anzeigenbereitschaft von Wirtschaftstreibenden gerechnet. Andererseits kann im Bereich der Präventivmaßnahmen von einer Erhöhung der Anzahl der Sicherheitsüberprüfungen für sensible Wirtschaftsbereiche ausgegangen werden. Mit betroffenen Unternehmen wird ein permanenter Sicherheitsdialog geführt und die Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden in diesem Bereich intensiviert.

Proliferation

Die Proliferationsproblematik nahm im Jahr 2003 durch internationale sicherheitspolitische Ereignisse einen besonders hohen Stellenwert ein. Die unverändert gute Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden, den Zollbehörden und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) hat auch 2003 wesentlich zur Minimierung der Proliferationsvorgänge im Bundesgebiet beigetragen. Unter Federführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ist eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Proliferationsbekämpfung eingerichtet worden, um auf Entwicklungen in diesem Bereich rascher reagieren und so die österreichische Wirtschaft vor Schäden bewahren zu können.

Personen- und Objektschutz

Im Berichtsjahr 2003 haben die Maßnahmen im Bereich Personen- und Objektschutz im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren weiter zugenommen.

Während die inoffiziellen Aufenthalte rückläufig waren, war bei den offiziellen sowie den Arbeits- und Konferenzbesuchen ein teils sprunghafter Anstieg zu verzeichnen.

Aufgrund der quantitativen Zunahme sowie der im Lichte der Terrorismusbekämpfung weiterhin angespannten geopolitischen Situation war ein qualitativer Mehrwert der angeordneten Maßnahmen notwendig. Eine weitere Zunahme der anzuordnenden Personen- und Objektschutzmaßnahmen ist zu erwarten.

Verfassungsschutzbericht im Internet: [://www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at) (unter "Publikationen")

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ist dem Charakter nach der zivile Nachrichtendienst in Österreich und ist Teil der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit des Bundesministeriums für Inneres.

Im Zuge der Finalisierung der Reform des staatspolizeilichen Dienstes steht im Rahmen des "Team 04" die Herausnahme des Verfassungsschutzes aus der regionalen Behördenstruktur zur Diskussion.

Die bisherigen nationalen und internationalen Erfahrungen aus den tragischen Ereignissen des 11. September 2001 haben gezeigt, dass eine effiziente Terrorismusbekämpfung als die zentrale künftige Herausforderung nationaler und internationaler Sicherheit nur durch eine zentrale Steuerung und Zusammenführung aller verfügbaren Ressourcen erfolgen kann. Diese soll durch eine bundesweite Zusammenführung der Dienst- und Fachaufsicht über die LVT beim BVT erreicht werden.

Neben der Stärkung des Bereichs "Internationale Beziehungen", insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung, die nur durch enge nationale und internationale Kooperation erfolgreich sein kann, ist eine Professionalisierung und Qualitätssteigerung der Analysefähigkeit ein weiterer Eckpfeiler der zweiten Reformphase.

Die Analyse soll aus der für Ermittlungen zuständigen Abteilung 2 des BVT herausgelöst und zu einer eigenen Organisationseinheit ausgebaut werden. Sie konzentriert sich künftig stärker auf die Kernkompetenz des Erstellens von strategischen Analysen und auf das Wissensmanagement für interne und externe Bedarfsträger.

Ziel der Finalisierung der Verfassungsschutzreform ist es, eine den geänderten Bedürfnissen angepasste moderne und aufeinander optimal abgestimmte Organisationsstruktur als Zentralstelle zu schaffen. Dadurch sollen verbliebene Schwachstellen bzw. Doppelgleisigkeiten beseitigt und weitere Synergieeffekte erzielt werden, die eine bessere Ressourcenausstattung in bisher nicht ausreichend entwickelten Bereichen des Verfassungsschutzes ermöglichen.

Der Verfassungsschutzbericht 2004 dokumentiert und beleuchtet die Tätigkeit des Verfassungsschutzes für das Jahr 2003. Er dient der Information über Entwicklungen und Tendenzen in den Bereichen der Bekämpfung des Extremismus, Terrorismus und Ausländerextremismus sowie der Spionageabwehr, der Proliferation und des illegalen Waffenhandels in Österreich.